

Bezugspreis
 In der Hauptexpedition oder beim Aufgabehelfer abgeholt: vierteljährlich 4 80., bei zweimonatlicher Bestellung im Voraus 8 75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierteljährlich 4 80., für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
 Johannisstraße 8.
 Fernsprecher 153 und 222.

Filialredaktionen:
 Ulrich-Gasse, Buchhändler, Kutschgasse 8, 2. Etage, Kutschgasse 14, u. Kutschgasse 7.

Haupt-Filiale Dresden:
 Strödelstraße 6.
 Fernsprecher Amt I Nr. 1718.

Haupt-Filiale Berlin:
 Carl-Quandt, Herzig-Platz, Postfach 10, Eigenstraße 10.
 Fernsprecher Amt VI Nr. 4000.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
 des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigenpreis
 die 6 gespaltene Zeile 25 8.
 Reklamen unter dem Rubrikationszeichen (4 gespaltene Zeilen) 75 8. bei den Familienanzeigen (6 gespaltene Zeilen) 50 8.
 Tabellarischer und offener entsprechend (über — Gebühren für Nachweisungen und Offertenanträge 25 8. (vgl. Seite).

Extra-Beilagen (geliefert nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbefreiung 4 00., mit Postbefreiung 4 70.—.

Annahmefrist für Anzeigen:
 Abend-Ausgabe: Sonntags 10 Uhr.
 Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
 Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
 Die Expedition ist freitags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von G. Holz in Leipzig.

Nr. 648.

Sonntag den 21. Dezember 1902

96. Jahrgang.

Zur gest. Beachtung.

Den verehrten Abonnenten unseres Blattes, sowie allen weiteren Interessenten, desselben teilen wir hierdurch mit, daß wir, den schon seit Jahren aus den verschiedensten Kreisen an uns herangetretenen Wünschen nachkommend, das Abonnement vom Januar ab auf nachstehende Sätze ermäßigt haben:

Ein Abonnement auf das „Leipziger Tageblatt“ kostet vom 1. Januar 1903 ab in der Hauptexpedition und deren Ausgabestellen, sowie bei sämtlichen Zeitungs-Expeditoren

bei Abholung von diesen Stellen monatlich 1 Mark, vierteljährlich 3 Mark,
 bei täglich zweimaliger freier Zustellung monatlich 1 Mark 25 Pfg., vierteljährlich 3 Mark 75 Pfg.,
 durch die Post bezogen monatlich 1 Mark 50 Pfg., vierteljährlich 4 Mark 50 Pfg.

Das „Leipziger Tageblatt“, das zweitumfangreichste Blatt des Deutschen Reichs, erscheint wie bisher wöchentlich 13 mal und wird auch ferner seine Leser auf das schnellste über alle wichtigen Weltbegebenheiten auf politischem wie auf allen anderen Gebieten unterrichten. Insbesondere wird es auf das eingehendste die sächsischen Angelegenheiten behandeln, in interessant geschriebenen Leitartikeln aus der Feder hervorragender Politiker die Weltlage beleuchten, Kunst und Wissenschaft, sowie ein gewähltes Feuilleton pflegen, wie auch fortlaufend in der Abendnummer einen größeren Roman bringen.

Der Handelsteil wird seinen weit über die Grenzen Sachsens verbreiteten guten Ruf zu wahren wissen durch prompte und absolut unparteiische Berichterstattung. Der in eigener Offizin täglich nach Börsenschluß fertiggestellte vollständige amtliche Kurszettel der Leipziger Börse erscheint regelmäßig in der Abendnummer, ebenso wöchentlich eine allgemeine Verlosungsbeilage.

Die vollständige Gewinnliste der Königlich Sächsischen Lotterie wird wie bisher bereits am Tage der Ziehung in unserem Blatte zur Veröffentlichung gelangen.

Expedition des „Leipziger Tageblattes“.

Alle neuen Abonnenten unseres Blattes erhalten dasselbe auf Wunsch von jetzt ab bis Ende dieses Monats gratis geliefert.

Aus der Woche.

Der Zollkampf auf dem parlamentarischen Schlachtfeld ist angefochten und in der förmlichen Erörterung der Zollfrage macht sich begrifflicherweise eine gewisse Abspannung bemerkbar. Unter diesen Umständen wendet man sich naturgemäß mit gesteigertem Interesse den Auseinandersetzungen zu, die nach der Porensforderung durch den engeren Vorstand des Bundes der Landwirte zwischen diesem und der konservativen Fraktion begonnen haben. Die konservative Reichstagsfraktion ist dem Bundesvorstande mit einer förmlichen Weisung entgegengetreten. Wenn die „Schlesische Zeitung“ auf der Fraktionsitzung der Konservativen berichtet, daß man durch jene Weisung die um Verletzen zum Austritt aus der Fraktion bewegen zu können gehofft habe, so hat diese Angabe trotz der recht allgemein gehaltenen Widersprüche der „Deutschen Tageszeitung“ manches für sich. Aber die milde Tonart, die einerseits in der „Rechtsprechung“ und in der „Konservativen Korrespondenz“, andererseits in der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ und in der „Deutschen Tageszeitung“ bei der Besetzung der entgegengelegten Auffassungen angebracht wird, muß doch als Zeichen dafür gelten, daß man in beiden Lagern nicht gewonnen ist, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Schon die Abstimmung des offiziellen neuen Führers der konservativen Partei, des Herrn von Kormann, gegen den Zolltarif macht es höchst wahrscheinlich, daß der Kampf zwischen Fraktion und Bund einem Wandergesichte gleichen wird: man schießt wohl berüber und hinüber, aber in dem Wasen stehen bloß Diapptoren.

Aus der Abstimmungsliste über den Zolltarif verdienen einige Einzelheiten besonders im Gedächtnis behalten zu werden. Vor allem fällt hierzu der Eifer, mit dem sämtliche Antifemiten von dem Privilegium, gegen den Tarif stimmen zu können, weil seine Annahme ohne sie gesichert war, Gebrauch gemacht haben. Dieser Eifer steht in merkwürdigem Gegensatz zu der Billigkeit, die in der Schlußabstimmung von der grundsätzlichen Opposition wider den Tarif an dem Tag gezeigt wurde. Von den Sozialdemokraten fehlten nicht weniger als 17 und von der 14 Mann starken Freisinnigen Vereinigung glänzte genau die Hälfte durch Abwesenheit. Nach all den Klagen über schlechten Besuch des Reichstags durch die Mittelparteien hätte man billigerweise sowohl von den Freisinnigen wie von den

sozialdemokratischen Oppositionisten etwas mehr parlamentarische Bewußtsehaftigkeit erwarten dürfen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch einer Unterlassungssünde der Mehrheit gedacht. Wir meinen den Umstand, daß nicht in den Debatten selbst den Oppositionsparteien aus ihren eigenen Organen, insbesondere aus der „Nation“ des Herrn Dr. Barth, vorgehalten wurde, wie scharf sie sich bei der Beratung der Handelsverträge gegen parlamentarische Oppositionen ausgesprochen und daß sie schon die konservative Fortsetzung der Kommissionsberatung als Opposition bekämpften! Der „Schwedische Merkur“ hat sich durch die Aufgrabung jener unerwarteten Jesuisse ein Verdienst erworben. Vermutlich werden wir bei der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge erleben, daß die gegenwärtige Opposition ihren Standpunkt von 1891 wieder zu Ehren bringt. Die pessimistische Auffassung, als ob nach der Annahme des Zolltarifs Handelsverträge überhaupt nicht mehr zu Stande kommen könnten, ist schon jetzt soweit abstrusum geführt, als es im gegenwärtigen Augenblicke möglich ist. Denn die italienische Ministerpräsident Prineti in der italienischen Deputiertenkammer und die ungarische Regierung durch den „Magyar Nemzet“ sich zur Handelsvertragsfrage äußerten, zeigt auf das deutlichste, daß Graf Bülow mit seinem Optimismus keineswegs allein steht. Außerdem hat die Berliner Börse, nach einwandfreien Berichten von Börsenorganen, die Annahme des Zolltarifs insofern begrüßt, als damit die Grundlage für Handelsvertragsverhandlungen geschaffen sei.

An Vertriebslichkeiten verschiedener Natur hat es in der verflochtenen Woche nicht gemangelt. Wir denken dabei zunächst an die Einstellung des Strafverfahrens gegen den „Vornichts“ in Sachen Krupp. Was zur Begründung dafür von der Staatsanwaltschaft und von dem Kruppischen Direktorium angeführt wurde, hat gewiß keine innere Berechtigung. Aber nachdem die Staatsanwaltschaft anfangs mit solchem Nachdruck eingegriffen und nachdem der Kaiser persönlich zu wiederholten Malen durch scharf zugesprochene Reden sich der Sache angenommen hat, muß die Einstellung des Strafverfahrens zu bedauerlichen Deutungen Anlaß geben. Besonders wird die abstoßende Wirkung, die der vom „Vornichts“ gegen Krupp geführte „Diet“ in der Arbeiterkammer zweifellos hatte, durch die Einstellung des Verfahrens abgeschwächt. Angesichts dieser Verhältnisse ist es doppelt angebracht, den Arbeiterkammerangelegenheiten an den Kaiser keine übertriebene Bedeutung beizumessen. Daß auch die Umgebung des Kronprinzen sich von einer Ueberhöhung jener Angelegenheiten nicht freigehalten hat, beweist

der prinzipielle Tadel, der schon des Zeitpunktes wegen, in dem er veröffentlicht wurde, besser unterbleiben wäre. Als Verantwortliche haben wir auch die anscheinend jütische Nachricht, daß der Kaiser unmittelbar nach der Annahme des Zolltarifs die Absicht hatte, den Grafen Bülow zum Fürsten zu ernennen. Sicherlich verdient es Anerkennung, wenn Graf Bülow durch richtige Diplomatie die praktische Grundlage für die Handelspolitik zustande brachte. Aber zur Verleihung des Fürstentums reicht doch der Erfolg des Grafen Bülow nicht aus. Die Erinnerung, daß Büloward Fürst wurde, nachdem er Laten verrichtet, die in der Weltgeschichte Epoche machten, drängt sich hier unwillkürlich auf. Bedenklich stimmt es endlich, im zwanzigsten Jahrhundert von der Aufnahme einer feiderizianischen Ehrenbezeichnung im preußischen Gardekorps zu vernachlässigen. Erwägt man, welche Leistungen durch die zweijährige Dienstzeit sowohl den Mannschaften wie den Offizieren und den Unteroffizieren aufzuweisen sind, dann wird man die Einführung eines neuen Ordens bedauern, weil er unter allen Umständen die Zeit verfließt, die für die kriegsmäßige Ausbildung zur Verfügung steht.

Im Interesse des Weltfriedens ist die Ausdehnung des Reichs betreffs Makedoniens und der Balkanstaaten mit Besorgnis zu begrüßen. Wenn der russische Minister des Auswärtigen, Graf Lambdorff, demnach nach Wien geht, um sich dem Kaiser Franz Josef vorzustellen und bei diesem Anlaß die Balkanangelegenheiten mit dem Wiener Kabinett zu erörtern, so entspricht dies der russisch-österreichischen Politik von 1897. Da die Uebereinstimmung beider Mächte für den Orient einseitig der Erhaltung der Ruhe auf der Balkanhalbinsel genießt, andererseits die Erneuerung des Dreibundes nicht angehalten hat, so besteht kein Grund, aus dem wir die Ausfrischung des österreichisch-russischen Einvernehmens in der Balkanfrage mit Regnowitz betrachten müßten.

In Venezuela scheint die formelle Verhängung der Blockade eine Frage der nächsten Tage werden zu sollen. Ein Bemerkung, die die Vereinigten Staaten aus ihrer neutralen Haltung den verbündeten Mächten gegenüber herauszulesen wollten, hat es weder die englische Chamberlain-Presse, noch die gelbe Presse der Union fehlen lassen, und auch einflussreiche Pariser Organe sind in der gleichen Richtung tätig gewesen. Bei der durchaus korrekten Haltung Deutschlands aber, dem im offenkundigen Widerspruch zu den Tatsachen Anpreisungslänge nachgesetzt werden, müßten jene Bemerkungen erfolglos bleiben. Ist die Blockade erst wirksam geworden,

dann dürfte Castro um so rascher zur Vernunft kommen, je mehr es den Kubaern genügt, als ob seine alten Gegner sich wieder ihn zu sammeln anfangen.

Deutsches Reich.

— Berlin, 20. Dezember. (Gesellschaftliche Politik.) Der Bund der Landwirte markiert einhellig den „wilden Mann“ gegen die Konservativen und die National-Liberalen, die für den Antrag Radborff gestimmt haben. Vielleicht will er sich bis zu den Wahlen beruhigen. Wer aber den Vorteil davon haben würde, wenn der Bund seine Worte zu Taten werden ließe, das ergibt sich aus der Meldung, daß eine Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte für den Wahlkreis Riesa-Gabeln-Kalbe beschloß, unter keinen Umständen wieder für den national-liberalen Reichstagsabgeordneten Wiede einzutreten. Der Wahlkreis Riesa-Gabeln-Kalbe wurde bereits bei den Wahlen von 1890 von der Sozialdemokratie erobert. Bei den darauf folgenden Wahlen gelang es, den Wahlkreis für die national-liberale Partei zurück zu erobern. Bei den letzten allgemeinen Wahlen aber wurde der Wahlkreis abermals von den Sozialdemokraten erobert, denen nur wenige hundert Stimmen fehlten, um bereits in der Hauptwahl zum Siege zu gelangen. Nur dem Umstande, daß infolge der Beurteilung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schmidt eine Kriegswahl stattgefunden hatte, und daß bei dieser Erwählung die bürgerlichen Parteien vollumfänglich ihre Schuldigkeit taten, war es zu verdanken, daß der Wahlkreis nicht durch die ganze Legislaturperiode hindurch sozialdemokratisch vertreten geblieben ist. Wenn nun der Bund der Landwirte eineinigkeit in der Reihen der nationalen Wählerkassen hineinträgt, so ist der Sieg der Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen Reichstagswahlen über allen Zweifel erhaben. Ein bürgerlicher Kandidat kann unmöglich zum Siege gelangen, denn erstens überwiegen in dem Wahlkreis die industriellen und die bäuerlichen Interessen, und zweitens ist in diesem Kreise eine nicht geringe freisinnige Wählerkraft vorhanden. Bei den Wahlen von 1884 wurden nahezu 7000, bei denen von 1890 noch 4300 freisinnige Stimmen abgegeben. Doch diese Stimmen bei einer einmaligen Stichwahl zwischen einem bürgerlichen Bewerber und der Sozialdemokratie nicht für den Kandidaten abgegeben werden würden, darauf muß man mit Gewißheit rechnen. In solchen Wahlkreisen, in denen zwar noch erhebliche ländliche Interessen, aber daneben sehr starke industrielle Interessen bestehen, und in denen neben einer sehr starken Sozialdemokratie noch eine ziemlich starke politische freisinnige Bevölkerung vorhanden ist, wird niemals ein extrem-republikanischer, sondern immer nur ein gemäßigter Kandidat, der zwischen den wirtschaftlichen Gegenlagen zu vermitteln sucht — was ja Herr Wiede gerade durch seine Zustimmung zum Antrage Radborff getan hat —, und der auch politisch nicht zu weit rechts steht, einige Aussicht haben, den sonst sicheren Sieg der Sozialdemokratie zu